

## Zwei Beschlüsse des Parteivorstands der LINKEN zum Krieg in der Ukraine - das Ende einer Friedenspartei? <sup>1</sup>

Bei deren Lesen drängen sich die Fragen auf:

Wissen sie es nicht? Können sie es nicht? Wollen sie es nicht? Leben sie nur ihre Lieblingsfeindschaft aus?

Wie diese Fragen auch beantwortet werden mögen:

Mit seinen Beschlüssen leistet dieser Parteivorstand einen Beitrag dafür, den Kampf für den Frieden, den Protest gegen die Kriegspolitik möglichst klein zu halten, indem für den Frieden Engagierte mit üblen Verdächtigungen überzogen werden und die Unterstützung des größten Protests gegen die deutsche Regierungspolitik seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine diffamiert wird.

Das ist ein schmähhliches Versagen.

Der Parteivorstand der LINKEN tagt in aller Regel im von der KPD geerbten Karl-Liebknecht-Haus. Deshalb will ich als Sprecher des Karl-Liebknecht-Kreises in der LINKEN Brandenburg mit Gedanken von Karl Liebknecht aus dem Jahre 1916 beginnen, denn es ist nicht mehr möglich, sich vornehm zurückzuhalten. Die Dinge sind beim Namen zu nennen.

Schon für Karl Liebknecht war es „an der Zeit, die Gegensätze in der deutschen Sozialdemokratie, die der Weltkrieg drastisch enthüllt und zur äußersten Schärfe entwickelt hat, daraufhin zu prüfen, inwieweit sie bloße Meinungsunterschiede oder das Ergebnis von sozialen Differenzen darstellen.“

Und er urteilte die „Berufsbürokratie der Arbeiterbewegung: Deren Interesse ist durchaus auf Vermeidung jeder ernsthaften Auseinandersetzung, jedes entscheidenden Konflikts; auf Offizialität; auf eine beschauliche Fortsetzung einer mäßig bewegten, von den herrschenden Klassen wohlgeduldeten, ja gern gesehenen Arbeiterbewegung gestellt“, für „Kämpfe in loyalen Grenzen, über die sie nur widerstrebend von den Massen hinausgerissen werden können. Sie sind keine Revolutionäre, höchstens Reformisten; und im tiefsten Sinn —

---

<sup>1</sup> Stoppt den Krieg gegen die Ukraine – stoppt die Eskalation, <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/parteivorstand-2022-2024/detail-beschluesse-pv/stoppt-den-krieg-gegen-die-ukraine-stoppt-die-eskalation/>; Am 24. Februar jährt sich der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine., <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/parteivorstand-2022-2024/detail-beschluesse-pv/am-24-februar-jaehrt-sich-der-einmarsch-russischer-truppen-in-die-ukraine/>

objektiv — eine an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in paradoxer Form schmarotzende Schicht.“

Und er meinte: „Die Klassendifferenz kann bestehen, ohne daß sie erkannt wird.

Wird sie nicht erkannt, so werden die aus ihr folgerichtig und notwendig fließenden politischen Differenzen (Weltanschauungsdifferenzen) irrig als bloße Meinungsverschiedenheiten betrachtet und in um so heftigerer Weise ausgefochten, je weniger bloße Meinungsverschiedenheiten vorliegen, je weniger bloße Tatsachenkenntnis, Einsicht und Verstandeserwägung entscheidet.

Das objektiv begründete Versagen selbst der schönsten, schlagendsten, lückenlosesten Beweisführung erscheint dann als Folge von Verbohrtheit, Fanatismus, Quertreiberei, Böswilligkeit und anderen geistigen oder Charakterfehlern.“

Der Parteivorstand der LINKEN hat sich in der zurückliegenden Woche mehrfach mit seiner Position zum Krieg in der Ukraine befasst. In seinen Beschlüssen gibt es einen gemeinsamen Nenner mit der Politik der Bundesregierung, der NATO, der USA: Russland muss bezwungen werden.

Ein Unterschied besteht (noch?) hinsichtlich der Frage der dafür einzusetzenden Mittel.

Es kann aber eben nicht die Aufgabe der LINKEN sein, Strategien für die NATO oder für den Wirtschaftskrieg der Bundesrepublik Deutschland und der EU gegen Russland (euphemistisch als Sanktionen verbrämt) zu entwickeln.

Das Gerede von „Putins Krieg“ zeugt davon, dass alle linken Erkenntnisse über Krieg und Kriegsursachen entsorgt werden.

Wer die Frage nach dem Weg in den Krieg nicht zulässt oder als letztlich zu vernachlässigende Vorgeschichte abbucht, wird auch den Weg zum Frieden nicht finden.

Nach der Entfesselung des ersten Weltkrieges brach die Spitze der Sozialdemokratie mit der Beschlüssen der Sozialistenkongresse von Stuttgart und Bern. Der Parteivorstand der LINKEN will jetzt im Angesicht des Krieges in der Ukraine mit den friedenspolitischen Positionen des Erfurter Programms brechen.

Die LINKE hat – anders als es der gegenwärtige Parteivorstand beabsichtigt - allen Grund, bei ihrer friedenspolitischen Programmatik zu bleiben und sich nicht der Nato anzudienen.

Wer immer Putin zum Teufel schicken und erst danach über Frieden nachdenken will, sollte nicht vergessen: Der hat die Mittel, ihn mitzunehmen.

Das entschuldigt nichts, macht aber das Problem derer deutlich, die den Krieg statt mit Kanonen mit Sanktionen gewinnen wollen. Wie schlau die auch immer eingefädelt zu sein scheinen: Die Zeche zahlen immer die kleinen Leute.

Denn tatsächlich ist schon das, was sich jetzt abzeichnet, mindestens ein teilweiser Übergang zur Kriegswirtschaft.

Liebknecht entlarvte die Lüge vom Kampf gegen den Zarismus - heute wird sie fortgeschrieben als "Kampf gegen den Autoritarismus". Und: die "Vaterlandsverteidigung", die schon Liebknecht entlarvte, mutierte zur „Verteidigung der Westlichen Werte" oder zum „Recht auf Selbstverteidigung“. Und der Parteivorstand der LINKEN hält nicht dagegen, er liefert vielmehr den Entwurf für eine „linken Politik, mit der „Putin“ bezwungen werden soll.

Bei Lichte besehen geht es also nicht um den Frieden, sondern um eine Rolle im Kampf gegen Russland.

Auch dieser Teil der LINKEN kann sich Frieden nur vorstellen, wenn Russland bezwungen ist, stellt sich dafür aber andere Mittel vor. "Wir" - also die "westliche Wertegemeinschaft" - sollen das russische Kapital, seine Oligarchen, seine Millionäre, wirksamer bekämpfen!!!

DIE LINKE Im Bündnis mit dem deutschen, dem „europäischen“, dem US-amerikanischen Großkapital gegen Russland? Wirklich?

Das ist dann ein ganz famoser Umgang mit dem Erbe von Karl Liebknecht.

**„Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (d. h. der ihm allein und unmittelbar gegenüberstehenden Repräsentanten des Imperialismus), ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der**

## **herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.“<sup>2</sup>**

Bereits seit längerer Zeit dient die Diffamierung der Friedensbewegung als „nach rechts offen“ als Hebel, um den Protest klein zu halten. Friedensbewegte werden gezwungen, sich für ihr Engagement zu entschuldigen. Diese Methode ist sehr durchschaubar. So wird Antifaschismus gegen den Frieden instrumentalisiert, und der Protest gegen die fortschreitende Eskalation des Krieges, gegen die fortschreitende Verschiebung der „roten Linien“ in Richtung eines Weltkrieges, eines Atomkrieges bekämpft.

Der Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg hatte den Parteivorstand aufgefordert, die Kundgebung am 25. Februar am Brandenburger Tor zu unterstützen.

Der Parteivorstand hat versagt. Wir bleiben bei unserem Aufruf: Ziehen wir uns nicht in die stille Ecke des schon von Karl Liebknecht entlarvten systemkonformen Protestes zurück, sondern tragen wir die Forderung gegen die Politik der Eskalation des Krieges in einem breiten Bündnis auf die Straße.

---

---

### Zweiter Teil

Nun ist davon auszugehen, dass auch diese Feststellungen irrig als bloße Meinungsverschiedenheiten angesehen oder als willkürliche Unterstellung abgewehrt werden sollen. Deshalb einige Klarstellungen unmittelbar am Beschlusstext:

1. Was heißt: „*zivile Alternativen stärken*“?  
Es ist Krieg! Die Alternative heißt, die Waffen müssen schweigen, es muss um den Frieden gehen. Nach dieser Formulierung jedoch kann der Krieg weiter gehen, er soll lediglich um ein zusätzliches Instrumentarium ergänzt werden. Das ist vollständig kompatibel zur Nato-Politik: Schießen, um die Verhandlungspositionen zu verbessern und parallel verhandeln.
2. „*Menschenrechtsorganisationen sprechen von tausenden Fällen russischer Kriegsverbrechen in der Ukraine*“. Das ist richtig, denn wenn sie von „unseren“ Kriegsverbrechen sprechen, wird ihnen ganz

---

<sup>2</sup> An das Königl. Kommandanturgericht, Berlin, den 8. Mai 1916 (Bd. 9, S. 17.)

schnell der Mund verboten. Diese Einseitigkeit entspricht den Grundsätzen der Kriegspropaganda nach Lord Possonby.

3. *„neben der militärischen Logik ist kein politischer Ansatz zu erkennen“.*  
Das ist schlicht falsch. Die „militärische Logik“ folgt dem politischen Auftrag Bedingungen für eine Verhandlungslösung im Sinne der NATO/der USA, des Westens – und in dieser Reihenfolge – auch der Ukraine zu schaffen.

Das gilt in gleicher Weise für die Behauptung:

*„Hinter den Lieferungen von immer mehr und immer schwereren Waffen ist keine Strategie und Perspektive für die Ukraine zu erkennen.“*

Die Strategie - offen beschrieben durch den NATO-Generalsekretär und nicht wenige weitere Entscheidungsträger ist: Die Ukraine soll auf dem Gefechtsfeld siegen, um den Russen den Frieden diktieren zu können.

Dass dieses Ziel selbst führende Militärs der USA für unrealistisch halten, ändert zunächst einmal an der Strategie nichts.

4. *„die Eskalationsspirale dreht sich nach oben. Die Situation kann in eine gefährliche Rutschbahn geraten und der Krieg sich über die Ukraine hinaus ausweiten“.*

Das ist halbrichtig und deshalb besonders gefährlich: (Noch) sind die unmittelbaren Gefechtshandlungen weitgehend (nicht vollständig) auf das Territorium der Ukraine beschränkt.

An der unmittelbaren Kriegsführung wirken aber NATO/USA bereits sehr konkret mit- u.a. durch Feuerleitung in Echtzeit mittels ihrer von außerhalb der Ukraine eingebrachten Zielerkennung, mittels Bereitstellung der technischen Infrastruktur für Feuerleitsysteme usw. Das steht zwar nicht in der BILD-Zeitung, ist aber sehr wohl bekannt.

Dass es gegen diese für die moderne Kriegführung unverzichtbaren Strukturen bisher keine Waffenwirkung Russlands gibt, ist wiederum keine militärische, sondern eine politische Entscheidung.

Es kommt hinzu: Selbst wenn die vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestages im vorigen Jahr genannten Kriterien als Maßstab genommen werden, dann sind „wir“ schon Kriegspartei.

5. *Es gibt „zivile Alternativen um Putin an den Verhandlungstisch zu zwingen.“*

Das ist ein Kernproblem dieses Beschlusses:

Hier wird Die LINKE zum Teil jener Kräfte erklärt, die „Putin bezwingen“. Wer zwingt die USA, wer zwingt die NATO, wer zwingt

den Präsidenten der Ukraine, der Verhandlungen verboten und ausdrücklich erklärt hat mit Russland erst zu verhandeln, wenn dort ein Regimechange vollzogen wurde? Dazu findet sich in dem Beschluss kein Wort.

Damit macht sich der Parteivorstand tatsächlich zum linken Flügel der NATO.

6. *„Die vorhandenen Sanktionen etwa werden nur halbherzig umgesetzt.“*  
Der Parteivorstand beklagt, dass der Wirtschaftskrieg (als Sanktionen euphemistisch verbrämt) nur halbherzig geführt wird? Und das – obwohl an anderer Stelle durchaus erkannt – wird:  
*„Der Krieg hat auch weltweit verheerende Folgen, wie etwa auf die Nahrungsmittelversorgung.“*

Will der PV das tatsächlich konsequenter durchsetzen?

7. *„In Russland gibt es über 20.000 Multimillionäre. Sie sind die Profiteure von Putins Regime. Allerdings wird nur ein kleiner Teil von ihnen überhaupt sanktioniert. Belgien hat im Verhältnis zu Deutschland viel mehr Oligarchenvermögen eingefroren.“* Und:  
*„Wir sagen dagegen: Statt immer mehr Waffen braucht es gezielte Sanktionen gegen die russische Machtelite und Russlands militärisch-industriellen Komplex und damit gegen dessen Fähigkeit zur Kriegsführung.“*

Wer an Liebknecht geschult ist, dem fällt es an dieser Stelle schon schwer, angesichts dieser LINKEN Vorschläge für den Wirtschaftskrieg nicht in Sarkasmus zu verfallen:

Lasst uns mit Hilfe des freiheitlich-demokratischen Großkapitals gegen die russischen Oligarchien kämpfen. Da sind wir dann schön antikapitalistisch.

Auch eine Logik: Wir sind gegen den Kapitalismus, fangen wir also mit den russischen an. Gegen die russischen Oligarchen suchen wir ein breites Bündnis von USA und NATO mit dem Rest der kapitalistischen Welt. Das hat nebenbei den Vorteil, dass wir dabei mächtige Verbündete haben. Das sind dann zwar auch Kapitalisten, aber das stört uns nicht. Wir betrachten die Sache ja nicht aus der Klassenperspektive, sondern begeben uns auf das Niveau des „Wertewestens“. Danach wird es Frieden geben, wenn die westliche Wertegemeinschaft den Krieg gewonnen hat. Denn das ist die tatsächliche Voraussetzung für die Realisierung der hier formulierten Zielstellung.

8. *„die Aufhebung der nach dem 24. beschlossenen EU-Sanktionen - sie sollten aufgehoben werden, wenn sich das russische Militär auf seine*

*(offiziellen) Positionen vom 23. Februar zurückzieht und damit die UN-Resolutionen umsetzt.“*

Mit der abstrakten Forderung nach Umsetzung der UN-Resolutionen durch das russische Militär wird davon abgelenkt, dass sich führende Personen aus den Regierungen der Ukraine, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs in dieser Sache zu vorsätzlichem Betrug bekannt haben. In den Resolutionen wird schließlich die Erfüllung des Minsker Abkommens gefordert. Das aber sollte nach deren Worten nie umgesetzt werden. Es wurde geschlossen, um der Ukraine Zeit für die Kriegsvorbereitung zu verschaffen. Die Berufung darauf ist dann schlicht Betrug.

9. *„Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dem Vorschlag des brasilianischen Präsidenten Lula anzuschließen und einen „Friedensklub“ unter Beteiligung Chinas zur Beendigung des Krieges zu unterstützen.“*

Ist das Realitätsverlust? Tatsächlich hat Lula dem Ansinnen des deutschen Bundeskanzlers widerstanden, sich durch Lieferung von Kriegsmaterial zur Kriegspartei zu machen. Bei einer Einsicht in diese Tatsache würde allerdings deutlich werden, dass der Druck der deutschen Linken sich zu allererst gegen die Kriegspolitik der eigenen Regierung richten muss und nicht auf den Versuch, alle Kräfte (mit veränderten Mitteln) gegen Russland zu bündeln.

In der Wirklichkeit tingeln Scholz, Baerbock, Habeck und Co. um die Welt, um andere Länder in den Krieg und in den Wirtschaftskrieg gegen Russland hineinzuziehen und den Wirtschaftskrieg auch hinsichtlich seiner Folgen für die deutsche Wirtschaft führbarer zu machen.

In der Welt dieses Beschlusses wird so getan, als ob diese reale Politik nicht verstanden wird, als ob nicht Druck auf diese Politik, auf diese Politiker erforderlich sei, sondern nur die effektivere Gestaltung der Regierungspolitik im Kampf gegen Russland mit anderen Mitteln.

10. *„Die Ampel wird von einem kriegsverharmlosenden Ton dominiert, besonders aus den Reihen von FDP und Grünen, für die Leopardpanzer mitunter Zirkustiere sind, die man „befreien“ müsse und die manchen für einen Internetwitz taugen.“*

Das Beklagen von „Verharmlosung“ tritt an die Stelle der Entlarvung der tatsächlichen Kriegspolitik.

11. *„Als DIE LINKE werden wir uns dieser sprachlichen Verrohung, der Militarisierung unserer Gesellschaft und der internationalen Eskalationsspirale widersetzen.“*

Es geht nicht nur um Sprache, es geht um Krieg, um materielle Gewalt und nicht (nur) um einen „Kulturkampf“.

12. *Geopolitisch beobachten wir eine Verschiebung: Die Nato erfährt unter der Führung der USA eine Stärkung, die transatlantischen Beziehungen werden wieder enger. Die EU versucht ihre eigene geopolitische Rolle zu stärken, statt eine eigenständige Außenpolitik zu entwickeln, die auf Abrüstung und Diplomatie basiert.*

Das verkennt die Tatsachen total: Die EU agiert gegenwärtig als Vollstecker von US-Politik. Einzufordern wäre, mit dieser Politik Schluss zu machen.

Und: Natürlich schließen sich im eskalierenden heißen Krieg die Reihen der NATO. Ihre Position in der Welt wird damit allerdings nicht gestärkt. Der auch offen artikuliert Widerspruch gegen die Politik des Wertewestens war wohl noch nie so vernehmbar wie gegenwärtig.

13. *„Gleichzeitig droht eine Blockkonfrontation, wenn China enger mit Russland kooperiert.“*

Diese Konfrontation ist doch schon da. Die USA erklären offen, dass China als nächstes dran ist und die Medien arbeiten heftig daran, China die Kriegsschuld zuzuschreiben.

Wie dumm müssten die Chinesen sein, das nicht zu erkennen?

14. *„Russland hat die Ukraine angegriffen, aber der Krieg bekommt auch eine Stellvertreterdimension, weil die USA, die EU sowie Russland und China unterschiedliche Interessen durchsetzen wollen.“*

Das setzt den entscheidenden Schritt zu spät an: Dieser Krieg hat so begonnen und ist sonst nicht zu verstehen.

Aber das vermögen alle, die an einen vom Himmel gefallenen „Krieg Putins“ glauben, die alle linken Analysen über den Zusammenhang von kapitalistischer Wirtschaft, Politik und Krieg nicht kennen (wollen?) nicht erkennen - oder sie leugnen es bewusst.

15. *Dabei scheint die Souveränität der Ukraine oft nur eine untergeordnete Rolle zu spielen bzw. von Russland wird diese sogar grundsätzlich in Frage gestellt.*

Das scheint nicht nur so – und nicht nur für Russland. Aber vielleicht hatte der PV ja noch keine Zeit, die RAND-Studie zur Kenntnis zu nehmen, in der eine Pentagon-nahe Institution genau das für die USA belegt.

16. *In Deutschland konnten mithilfe des Ukrainekriegs lange in der Schublade schlummernde Pläne zur Aufrüstung umgesetzt werden, was die Ampel mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr sofort genutzt hat. Das Sondervermögen ist das größte Aufrüstungsprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg.*

Vielleicht könnte sich ja der PV mal an der Antwort auf die Frage versuchen, warum die da lagen und wie das mit den verschiedenen Erzählungen, die verbreitet wurden und werden, korrespondiert.



17. *Durch Aktionen zum Jahrestag am 24.2. und bei den Ostermärschen fordern wir Russland auf, seine Truppen aus der Ukraine zurückzuziehen. Die Bundesregierung fordern wir auf keine schweren Waffen in die Ukraine zu schicken und die Eskalationsspirale zu durchbrechen. Zugleich fordern wir die Bundesregierung, die EU und die internationale Gemeinschaft auf, sich mit Nachdruck für die Aufnahme von internationalen Verhandlungen und zivile Alternativen einzusetzen. Damit wollen wir im diskursiven Korridor, der auf die militärische Perspektive verengt ist, zivile Lösungsansätze stärken und die gesellschaftliche Debatte verändern.*

Die Deutschen in Deutschland demonstrieren gegen Russland, die Russen in Russland haben mit Deutschland nicht viel am Hut...  
Das ist alles schon einmal dagewesen.

Diese Aufstellung ist in vielerlei Hinsicht unvollständig. Sie liefert lediglich Einzelargumente zur Untersetzung des einleitend entwickelten Gedankengangs.

DIE LINKE muss gegen den Krieg kämpfen - und nicht linke Strategien für den Kampf gegen Russland entwickeln.

Mit Liebknecht. Der Hauptfeind steht noch immer da, wo schon er ihn erkannt hat: Im eigenen Land!